

GLEICHSTELLUNGS- POLITISCHE FORDERUNGEN

*des Frauenpolitischen Rats Land Brandenburg e.V.
für die 8. Legislaturperiode des Brandenburger Landtags*



VORWORT

Unser Anspruch an eine starke Demokratie ist, dass alle Stimmen gleichermaßen gehört und respektiert werden. Geschlechtergerechte Politik ist hierbei keine Randfrage, sondern ein zentraler Baustein für eine faire, friedliche und resiliente Gesellschaft. Gleichstellung ist ein Gradmesser für die demokratische Kultur eines Landes, denn nur wenn alle Geschlechter die gleichen Rechte, Chancen und Ressourcen haben, können wir als Gesellschaft zusammenwachsen und Krisen bewältigen.

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. setzt sich seit 32 Jahren für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein. Mit 25 Mitgliedsorganisationen, die die Interessen von rund 300.000 Frauen in Brandenburg vertreten, sind wir eine starke Stimme in der Landespolitik. Unsere Forderungen sind nicht nur Ausdruck der Bedürfnisse und Perspektiven von Frauen, sondern auch ein Appell an die Landesregierung, die grundlegenden Werte von Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu verteidigen.

Frauenpolitische Themen betreffen uns alle: Von der wirtschaftlichen Teilhabe bis hin zur politischen Repräsentation tragen frauenpolitische Entscheidungen zur Stabilität und Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie bei. Es ist an der Zeit, dass Brandenburg in der neuen Legislaturperiode klare Zeichen setzt – für Gleichberechtigung, Solidarität und die Rechte der Frauen. Nur so kann eine gerechte und widerstandsfähige Gesellschaft aufgebaut werden, in der alle Menschen, unabhängig von ihrem Geschlecht, in Frieden und Sicherheit leben können.

Der Frauenpolitische Rat wird weiterhin als unermüdliche Stimme für die Rechte und Interessen von Frauen in Brandenburg kämpfen und appelliert an die neue Landesregierung, die Themen Gleichstellung und Chancengleichheit aktiv voranzutreiben. Denn nur mit Geschlechtergerechtigkeit können wir eine zukunftsfähige Demokratie gestalten.

Hella Hesselmann

*Sprecherin des Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.
Regionsgeschäftsführerin DGB Region Westbrandenburg*

EINLEITUNG

Am 22. September 2024 fanden die Landtagswahlen in Brandenburg statt. Mit 72,9% erreichte die Wahlbeteiligung ein historisches Hoch. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive sind die Wahlergebnisse allerdings ernüchternd. Der neue Landtag hat einen Frauenanteil von nur 29,5% (Anhang 1).

Als Frauenpolitischer Rat setzen wir uns dafür ein, dass vielfältige Perspektiven in Entscheidungsprozessen vertreten sind. Dazu gehören auch die Perspektiven von Frauen, queeren Menschen, Menschen mit Migrations- und Rassismuserfahrungen, junge Menschen oder Menschen mit Behinderung.

Wir vertreten Frauen in ihrer ganzen Vielfalt und setzen uns für die Geschlechtergerechtigkeit aller Geschlechter ein. Allerdings basieren die Studien und Statistiken, die wir nutzen, bedauerlicherweise oft auf einem binären Geschlechterverständnis, was die Komplexität und Diversität der Geschlechter nicht vollständig abbildet.

Der vorliegende Forderungskatalog enthält unsere gleichstellungspolitischen Forderungen für die nächste Legislaturperiode des brandenburgischen Landtags für ein vielfältiges, tolerantes und demokratisches Brandenburg.

Die Forderungen lassen sich in sieben Themenbereiche unterteilen:

- Gewaltschutz
- Gesundheitsversorgung
- Familie und Sorgearbeit
- Bildung
- Wissenschaft
- Vielfalt und Teilhabe
- Bezahlung und Finanzplanung

Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. ruft die Regierungs- und Oppositionsparteien dazu auf, die Forderungen für Gleichberechtigung und Gleichstellung ernst zu nehmen und in der nächsten Legislaturperiode in die Wege zu leiten und umzusetzen.

Wir warnen vor Positionen, die rassistische, diskriminierende und antifeministische Narrative zur Grundlage haben. Eine effektive Gleichstellungspolitik muss inklusiv und intersektional sein. Nur so können wir eine resiliente, starke und friedliche Gesellschaft für alle in Brandenburg schaffen.

INHALT

1. GEWALTSCHUTZ

2. GESUNDHEITSVERSORGUNG

3. FAMILIE UND SORGEARBEIT

4. BILDUNG

5. WISSENSCHAFT

6. VIELFALT UND TEILHABE

7. BEZAHLUNG UND FINANZPLANUNG

1. GEWALTSCHUTZ

Aktuelle Lage Die aktuellen Zahlen zeigen, dass in Brandenburg im Jahr 2023 6.325 Fälle häuslicher Gewalt von der Polizei erfasst worden sind. Somit ist ein Anstieg von 472 Fällen verzeichnet worden. In 69,5% der Fälle waren Frauen die Opfer (PKS 2023, S. 71). Die Tatverdächtigen sind zum größten Teil deutsch (81,6%) und männlich (74,9%) (ebd.). Außerhalb der häuslichen Gewalt wurden 1.425 Fälle von Gewaltkriminalität gegen Frauen aufgenommen. Eine Zunahme von 39,1% war bei Vergewaltigungen sowie sexuellen Nötigungen und Übergriffen (im besonders schweren Fall einschl. mit Todesfolge) zu verzeichnen (PKS 2023, S. 75). Es ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffern weitaus höher sind.

Frauen, die vor Gewalt fliehen müssen, können Zuflucht in Frauenhäusern finden. Die Plätze in Brandenburg entsprechen allerdings nicht dem Bedarf sowie dem in der Istanbul-Konvention festgelegten Schlüssel. Eine positive Entwicklung ist, dass durch den Doppelhaushalt 2023/24 mehr Mittel für Gewaltschutz zur Verfügung gestellt wurden und dadurch Frauen derzeit keinen Eigenanteil mehr für einen Aufenthalt in Frauenhäusern bezahlen müssen.

Obwohl positive Entwicklungen im Land Brandenburg zu erkennen sind – so ist zum Beispiel ein Landesaktionsplan und eine Kontaktstelle für die Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Istanbul-Konvention entstanden – darf die Lage nicht unterschätzt werden (Henke 2023). Im Bereich der Prävention ist ernst zu nehmen, welchen Einfluss antifeministische Bewegungen auf Gewaltbereitschaft haben (vgl. Hartmann und Rahner 2023). Antifeminismus und die daraus resultierende Gewalt steht in direktem Bezug zu der Verbreitung und Normalisierung rechtsextremer Überzeugungen (vgl. Brate und Suromai 2022, Werner und Sittig 2024).

Zu beobachten ist eine zunehmende Akzeptanz von Gewalt, so finden es laut einer Studie von Plan International ein Drittel der befragten Männer akzeptabel, Gewalt in der Partnerschaft auszuüben (Hofmann et al. 2023, S. 21). Ein wichtiger Radikalisierungsraum ist hierbei das Internet. Algorithmen in den Sozialen Medien fördern problematische Inhalte und Filterblaseneffekte, was wiederum den Radikalisierungsprozess begünstigt (Groß 2023). Nutzer:innen interagieren eher mit skandalösen Inhalten und geraten so in homosoziale und radiakle Echokammern (Lüdecke 2021).

1. GEWALTSCHUTZ

1.1. Umsetzung der Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt gemäß der Istanbul-Konvention (BMFSFJ 2018): Wir fordern ein bedarfsgerechtes Netz an Frauenhäusern, Fachberatungsstellen und barrierefreien Schutzeinrichtungen für von Gewalt betroffene Personen. Prävention und Schutz vor Gewalt müssen ebenso wichtig sein wie die Verfolgung von Gewalt.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja*

1.2. Dauerhafte Finanzierung der Frauenhäuser: Die Nutzung der Frauenhäuser muss für betroffene Frauen weiterhin kostenfrei sein und eine personelle Aufstockung und tarifliche Bezahlung der Mitarbeitenden muss gesetzlich sichergestellt sein.

SPD Ja | AfD Nein | BSW kA | CDU Ja

1.3. Spezielle Schutzmaßnahmen für Mädchen: Wir fordern die Umsetzung spezialisierter Schutzmaßnahmen für Mädchen als Betroffene von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

1.4. Verankerung von Gewaltschutz für Frauen in der Landesverfassung: Wir fordern, dass geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in der Landesverfassung als inakzeptables strukturelles Problem benannt wird.

1.5. Finanzierung der notwendigen Infrastruktur für Schutz und Beratung bei häuslicher und geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichteter Gewalt:

Wir fordern ein Frauenhausplatz pro 10.000 Einwohner*innen, mehr und spezialisierte Fachberatungsstellen und mehr barrierearme Schutzeinrichtungen für vulnerable Personen.

1.6. Einrichtung von Interventionsstellen für häusliche und sexualisierte Gewalt: Wir fordern die Einrichtung von Interventionsstellen für häusliche und sexualisierte Gewalt endlich auch im Land Brandenburg. Als Clearingstellen, für pro-aktive Arbeit und als Schnittstellen zwischen allen beteiligten Akteur*innen.

*Darstellung der Positionen der Parteien zu ausgewählten Forderungen aus dem Wahlinformationstool Wahl-O-Marta des FPR. "kA" steht hier für "keine Angabe".

1. GEWALTSCHUTZ

1.7. „Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder“: Wir fordern die Umsetzung und Weiterentwicklung des „Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen und ihre Kinder“, dazu muss aus der existierenden einen Personalstelle eine Landeskoordinierungsstelle nach Artikel 10 der Istanbul-Konvention eingerichtet werden.

1.8. Schulungen in relevanten Einrichtungen: Wir fordern verpflichtende Schulungen von Polizei, Behörden, Richter*innen, pädagogischem und medizinischem Personal zur Gewaltprävention, zum sensiblen Umgang mit Betroffenen von den diversen Gewaltformen geschlechtsspezifischer Gewalt.

1.9. Femizide: Wir fordern Maßnahmen zur Sekundärprävention und Verhinderung von Femiziden und die Einrichtung von interdisziplinärer Risikobewertung und Fallbesprechungen, sowie Maßnahmen für den besonderen Schutz für Hochrisikofälle.

1.10. Täterarbeit: Wir fordern die finanzielle Absicherung und den Ausbau der Täterarbeit im Land Brandenburg.

1.11. Gewaltprävention: Wir fordern geschlechtersensible Gewaltprävention in Schulen, Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen durch Sozialarbeiter*innen.

1.12. vertrauliche Spurensicherung: Wir fordern die finanzielle Verstärkung des Projekts “vertrauliche Spurensicherung und medizinische Soforthilfe bei Vergewaltigung”.

2. GESUNDHEITS- VERSORGUNG

Aktuelle Lage Im Bereich der Gesundheitsversorgung gibt es noch immer geschlechtsbezogene Unterschiede. Der sogenannte Gender Health Gap zeigt zum Beispiel, dass Frauen, bzw. weibliche Körper, in ärztlichen Behandlungen oft falsch medikamentiert (ZDFheute 2024) oder nicht ernstgenommen werden, z.B. werden Schmerzen bei Frauen öfter “fälschlicherweise als psychisch eingeordnet”, sagt Dr. Mai Thi Nguyen-Kim (Pharma Fakten 2023). Frauen erfahren außerdem sexistische Kommentare und sexuelle Übergriffe bei Arztterminen (ZDFheute 2024). Die medizinische Forschung basiert zudem noch weitestgehend auf weißen männlichen Körpern, Symptome und Nebenwirkungen bei weiblichen Körpern bleiben daher oft unerkannt oder unerforscht, so zum Beispiel bei Herzinfakten (Medizinische Universität Wien 2024). Verstärkt werden diese Umstände für nicht-weiße Menschen, deren Körper in der Forschung und Lehre kaum Platz finden (Wanger et al. 2020). Frauenspezifische Krankheiten wie Endometriose, die jede zehnte Frau betrifft, sind immer noch nicht ausreichend erforscht (Pharma Fakten 2023).

Ein großer Teil der Bevölkerung menstruiert einmal im Monat für etwa 40 Jahre, dennoch ist das Thema auch in Deutschland noch stigmatisiert. Laut einer Studie von Plan International Deutschland e.V. wünschen sich 62% der Befragten eine Enttabuisierung der Menstruation, fast 100% gaben an, das “Durchbluten” das Worst-Case-Szenario und mit Scham behaftet ist, ein Drittel der Befragten fühlen sich während der Menstruation “unrein” (Tschacher et al. 2022, S. 10). Weiterhin, ist die Menstruation für 23% der befragten menstruierenden Personen eine finanzielle Belastung (Tschacher et al. 2022, S. 14). Fast 50% würden sich besser mit Menstruationsprodukten versorgen, wenn diese günstiger wären (ebd.). 80% der Befragten möchten, dass sich die Politik mit Periodenarmut auseinandersetzt (Tschacher et al. 2022, S. 21).

Die Defizite der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum in Brandenburg verstärken die bestehenden Probleme. Brandenburg hat eine der geringsten Vertragsarztdichte in Deutschland (ÄrzteZeitung 2024). Der Präsident der Landesärztekammer, Frank-Ullrich Schulz, sagt die medizinische Ausbildung im Land wurde lange vernachlässigt (ÄrzteZeitung 2024). Krankenhäuser in Brandenburg sind unterfinanziert und es mangelt an Fachkräften (Städte- und Gemeindebund Brandenburg 2023).

2. GESUNDHEITS- VERSORGUNG

2.1. Gesundheitsversorgung und Hebammen: Wir fordern die Grundversorgung mit Gesundheitsleistungen, insbesondere in der Geburtshilfe, im gesamten Land Brandenburg durch eine 1-zu-1-Betreuung sicherzustellen und mehr Ausbildungsplätze für Hebammen zu schaffen.

SPD Ja | AfD Ja | BSW ka | CDU Ja

2.2. Kostenlose Periodenprodukte und Verhütungsmittel: Wir fordern die Bereitstellung kostenloser Periodenprodukte in öffentlichen Gebäuden sowie kostenfreier Verhütungsmittel für alle.

SPD Ja | AfD Nein | BSW ka | CDU Nein

2.3. Aufklärung Menstruation und Verhütung: Wir fordern bessere Aufklärung über Menstruation, Menstruationshygiene und unterschiedliche Verhütungsmittel für alle Geschlechter.

2.4. Endometriose: Wir fordern die Anerkennung von Endometriose als Krankheit und finanzielle Unterstützung für Medikamente und zusätzliche Untersuchungen.

2.5. Brustkrebs: Wir fordern kurzfristige Termine für Mammographie oder mobiles Screening bei Verdacht auf Brustkrebs.

2.6. Frauenambulanzen: Wir fordern den Aufbau von Frauenambulanzen in Brandenburg sowie für mehr Therapie- und Kurplätze mit barrierearmem Zugang.

2.7. Gender Data Gap: Wir fordern einen stärkeren Fokus auf Mädchen- und Frauengesundheit in der Forschung und Ausbildung. Den medizinischen Gender Data Gap wollen wir schließen.

2.8. Medizinische Versorgung ohne Krankenversicherung: Wir fordern kostenfreie medizinische Angebote für Frauen und andere Menschen ohne Krankenversicherung.

3. FAMILIE UND SORGEARBEIT

Aktuelle Lage Der Großteil der unbezahlten Sorgearbeit liegt immer noch mehrheitlich bei Frauen. Diese ungleiche Verteilung wird auch Gender Care Gap genannt. Der Gender Care Gap in Deutschland beträgt etwa 44%, das heißt Frauen leisten im Durchschnitt 1,5 Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit am Tag als Männer (Bündnis Sorgearbeit fair teilen n.d.). Frauen haben weniger Zeit einer existenzsichernden Arbeit nach zu gehen, das führt dazu, dass sie “im Laufe des Erwerblebens nur gut halb so viel Einkommen wie Männer” erzielen (Bündnis Sorgearbeit fair teilen n.d.). Bekommen Frauen mehrere Kinder, verstärkt sich dieser Effekt – 66% von Müttern arbeiten in Teilzeit, 25% gehen keiner Erwerbstätigkeit nach (ebd.). Im Vergleich arbeiten 86% von Vätern in Vollzeit (Juncke et al. 2023, S. 50). Diese Umstände führen zu finanzieller Abhängigkeit, die durch das deutsche Steuersystem begünstigt werden.

Laut einer Umfrage von Dr. Alina Pöge vom Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. (IFK e.V.) an der Universität Potsdam fühlen sich fast 54% der Frauen durch Rückenschmerzen beeinträchtigt. Fast 70% der Mütter kämpfen mit Müdigkeit. Viele Mütter berichten zudem von „wenig Interesse und Freude an den üblichen Tätigkeiten“ (44,2%), „Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit“ (35,9%) und dem „Gefühl, versagt zu haben“ (31,9%) (vgl. Familienbefragung 2024, S. 72-77).

Gleichzeitig bedeutet diese Aufteilung, dass Männer, bzw. Väter oft unter dem alleinigen Druck stehen, den Unterhalt zu sichern und weniger Zeit für die Familie haben. Der Väterreport 2023 ergab, dass sich mehr Väter eine partnerschaftliche Aufteilung der Kindererziehung wünschen, jedoch wurde eine große Diskrepanz zwischen Wunsch und Realität deutlich (Juncke et al. 2023, S. 61).

Die genannten Statistiken und Zahlen zeigen auch einen Fokus auf heterosexuelle Familien. Alternative Familienformen mit gleichgeschlechtlichen oder queeren Eltern, Alleinerziehende, Patchworkfamilien und weitere Formen sind in solchen Statistiken oft nicht mitgedacht.

Zentral im Themenfeld Sorgearbeit sind zudem Kitas und Schulen, als Orte, an denen bezahlte Sorgearbeit geleistet wird. Sie sind essenziell, um Kindern eine hochwertige frühkindliche Bildung und Betreuung zu ermöglichen und zur Chancengerechtigkeit beizutragen. Sie fördern nicht nur die kindliche Entwicklung, sondern stärken zudem die Gleichberechtigung in Familien, indem sie Eltern – insbesondere Frauen – ermöglichen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.

3. FAMILIE UND SORGEARBEIT

3.1. Anerkennung von unbezahlter Arbeit: Wir fordern die Anerkennung von reproduktiver Arbeit, Sorgearbeit und Mental Load im öffentlichen Diskurs. Sorgearbeit soll in Statistiken wie das Bruttoinlandsprodukt aufgenommen werden.

3.2. Unterstützung von Care- und Sorgearbeit: Wir fordern politische Rahmenbedingungen, die eine gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit unterstützen, z.B. durch die Ausweitung der individuellen Elterngeldmonate, familienorientierte Arbeitszeitmodelle und mehr Pflegeplätze für junge Pflegebedürftige.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

3.3. Berufsausbildung für junge Eltern: Wir fordern, dass die Berufsausbildung von jungen Eltern, insbesondere von Alleinerziehenden, gezielt gefördert werden.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

3.4. Abschaffung der Kita- und Hortbeiträge: Wir fordern die Abschaffung der Elternbeiträge für Kitas und Horte in allen Altersgruppen ein.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

3.5. Personalschlüssel in Kitas: Wir fordern die Verbesserung vom Personalschlüssel in Kindertagesstätten.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Nein

3. FAMILIE UND SORGEARBEIT

3.6. Landesaktionsplan für Alleinerziehende: Wir fordern einen Landesaktionsplan zur Verbesserung der Situation Alleinerziehender und ihrer Kinder oder einen Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut.

3.7. Unterstützung für Alleinerziehende: Wir fordern ein Familienfördergesetz für das Land Brandenburg. Wir fordern mindestens ein monatliches Angebot speziell für Alleinerziehende in jedem mit öffentlichen Mitteln finanzierten Familienzentrum oder Mehrgenerationenhaus.

3.8. Bezahlung pädagogischer Fachkräfte: Wir fordern eine Angleichung der Gehälter pädagogischer Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung an die Bezahlung von Lehrkräften.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Nein

3.9. kostenloses Mittagessen: Wir fordern kostenloses gesundes Mittagessen in den Kinderbetreuungseinrichtungen.

4. BILDUNG

Aktuelle Lage Mädchen zeigen in einigen Bereichen, wie dem Lesen, bessere Leistungen als Jungen, während sie in Mathematik und Naturwissenschaften nicht unbedingt überlegen sind. Trotzdem erhalten sie häufiger bessere Noten und Gymnasialempfehlungen. Dies liegt daran, dass Lehrkräfte neben den reinen Leistungen auch selbstgesteuertes Lernen, Selbstdisziplin und Arbeitsverhalten bewerten, in denen Mädchen oft besser abschneiden (Hannover & Ollrogge, 2021). Unterschiede in den Kompetenzen können teilweise auf Geschlechterstereotype zurückgeführt werden. So zeigen Studien, dass Mädchen und Jungen schlechter abschneiden, wenn dies von ihnen erwartet wird – man spricht auch von einer selbsterfüllenden Prophezeiung (Hannover & Ollrogge 2021).

Forschungen zeigen, dass Kinder bereits früh Geschlechterunterschiede wahrnehmen (Trautner 2002). Ab dem dritten Lebensjahr beginnen Kinder, sich mit Geschlechterrollen zu identifizieren, die oft gesellschaftliche Erwartungen widerspiegeln (Trautner 2002). Durch die Sozialisierung zu Hause und im Kindergarten entwickeln Kinder bestimmter Interessen und Fähigkeiten, die von außen auf die Kinder basierend auf ihren Geschlechtsmerkmalen auferlegt werden (Hannover & Ollrogge 2021).

Obwohl Mädchen in der Schule oft erfolgreicher sind, verschlechtert sich ihre Situation in der Arbeitswelt, wo sie überwiegend in schlechter bezahlten „Frauenberufen“ landen, während Männer in besser bezahlten Berufen tätig sind (Hannover & Ollrogge, 2021). Gleichzeitig mangelt es an spezifischen Räumen für Mädchen, in denen sie sich selbstermächtigen können. Die Mädchen*arbeit spielt hier eine zentrale Rolle. Viele solcher Einrichtungen, wie Mädchenzentren, wurden in den 2000er Jahren durch Mittelkürzungen geschlossen, was die Ungleichheit verstärkt (KuKMA, n.d.).

*Mit dem * nehmen wir alle Geschlechter auf. So ist beispielsweise bei dem Wort Mädchen das * angefügt, um deutlich zu machen, dass geschlechtliche und sexuelle Vielfalt ein wichtiges Thema in der Mädchen*arbeit ist. (KuKMA 2019, S. 2)

4. BILDUNG

4.1. Geschlechterbilder und Diversität: Wir fordern einen sensiblen Umgang mit Fragen zu Gender und Diversität als verpflichtendes Querschnittsthema in Kitas, Schulen und Studium.

SPD Ja | AfD Nein | BSW kA | CDU Nein

4.2. Absicherung und Verstetigung der Mädchen*arbeit: Wir fordern, dass die bestehende soziale Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen abgesichert und verstetigt wird.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

4.3. Aufbau neuer Mädchentreffs: Wir fordern den Aufbau neuer Mädchentreffs im Land unter Berücksichtigung intersektionaler Konzepte. Das heißt, wir wollen auch, dass für Mehrfachdiskriminierung sensibilisiert wird.

SPD Ja | AfD Nein | BSW kA | CDU Nein

4.4. geschlechtersensible Jugendarbeit: Wir fordern eine Weiterentwicklung und Herstellung von verpflichtenden Qualitätsstandards für geschlechtersensible Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung.

4.5. Fachstelle für geschlechtersensible und queere Jugendarbeit: Wir fordern die Einrichtung einer Fachstelle für geschlechtersensible und queere Jugendarbeit als Ergänzung zur Kontakt- und Koordinierungsstelle für Mädchen*arbeit im Land Brandenburg (KuKMA).

4.6. Jugendbeteiligung stärken: Wir fordern einen Ausbau der Beteiligung von Jugendlichen unter gendersensiblen Aspekten (schulisch und außerschulisch).

4.7. Zukunftstag: Wir fordern die Einführung des Girls' Day oder einer gendersensiblen Version des "Zukunftstages".

5. WISSENSCHAFT

Aktuelle Lage Es bleibt nach wie vor von großer Bedeutung, dass die Landesregierung den Frauenanteil in der Wissenschaft und an Hochschulen, von den Studierenden bis hin zur Professur, fachspezifisch im Blick behält.

Trotz Fortschritten zeigt der 8. Landesgleichstellungsbericht, dass es zwar überdurchschnittlich viele Frauen gibt, die Promotionen und Habilitationen abschließen, jedoch noch keine Parität erreicht ist, insbesondere bei den hochdotierten W3-Professuren (vgl. Landesgleichstellungsbericht 2024).

Das „Leaky Pipeline“-Phänomen verdeutlicht, wie der Frauenanteil mit zunehmender Qualifikation abnimmt, insbesondere in den traditionell männerdominierten Disziplinen (vgl. Universität Paderborn 2022). Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede sind weiterhin tief in den gesellschaftlichen Normen und Geschlechterstereotypen verwurzelt, die die Karrierewege von Frauen beeinflussen.

Hochschulen als Orte der Demokratiebildung und als Spiegel der Gesellschaft haben eine zentrale Rolle bei der Förderung von Chancengleichheit, stehen jedoch in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter vor großen Herausforderungen.

Um eine vollständige Parität auf allen Qualifikationsstufen zu erreichen, ist die kontinuierliche Aufmerksamkeit und Unterstützung durch die Landesregierung entscheidend. Nur so kann sichergestellt werden, dass Hochschulen Orte der Chancengleichheit werden und der Weg für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter in der Wissenschaft geebnet wird.

5. WISSENSCHAFT

5.1. Frauenförderung: Wir fordern die aktive Förderung des Zugangs von Frauen in sogenannten „männerdominierte“ Berufe und Studiengänge.

5.2. Gender- und Diversitykompetenz: Wir fordern die gezielte Förderung von Einrichtungen, welche Gender- und Diversitykompetenz vermitteln.

5.3. Koordinierungsstellen für Chancengleichheit: Wir fordern eine Koordinierungsstelle für Chancengleichheit, die aus Landesmitteln finanziert wird. Diese Stelle soll die Professionalisierung, Weiterentwicklung und Sichtbarmachung der Gleichstellungsarbeit an Hochschulen sowie die Förderung von Forschung und Lehre mit Genderbezug unterstützen.

5.4. Stärkung der interdisziplinären Geschlechterforschung: Wir fordern die Stärkung der interdisziplinären Geschlechterforschung an brandenburgischen Hochschulen und den Ausbau sowie die Schaffung von mehr Professuren für Gender Studies.

5.5. Gendersensible Finanzbildung: Wir fordern mehr Bildungsangebote für Mädchen und Frauen zum selbstbestimmten und verantwortungsvollen Umgang mit Geld.

5.6. Geschlechterdifferenzierte Statistiken: Wir fordern die Schließung von Datenlücken durch die Einführung einer geschlechterdifferenzierten Darstellung in öffentlichen Statistiken und Dokumenten.

SPD Ja | AfD Nein | BSW kA | CDU Nein

6. VIELFALT UND TEILHABE

Aktuelle Lage Frauen sind, genau wie junge Menschen, Menschen mit Migrations- und Rassismuserfahrungen und queere Menschen stark unterrepräsentiert in der Brandenburger Politik. Während im Bundestag 34,8% Frauen vertreten sind, sind es im Brandenburgischen Landtag nur noch 29,5% (siehe Anlage). Noch geringer ist die politische Teilhabe in der Kommunalpolitik. Dort liegt der Frauenanteil nach der letzten Kommunalwahl bei 26,6% (Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte, eigene Auszählung FPR).

Das ist nicht nur ein Problem für die Demokratie, sondern auch für die Gleichberechtigung. Wenn mehr als der Hälfte der Bevölkerung nicht adäquat vertreten ist, fehlen wichtige Perspektive, wenn richtungsweisende Entscheidungen gefällt und Haushaltsgelder verteilt werden.

Die Kategorien politische Strukturen, politische Kultur, materielle Hürden und Sozialisation eignen sich, um Ursachen für diese Unterrepräsentanz zu benennen (nach Praetorius und Trauth 2022):

Der Politikbetrieb erfordert häufig lange Präsenzsitzungen, die bis in die Abendstunden gehen, was für Menschen mit Familien- und Fürsorgeaufgaben schwer vereinbar ist.

Der Umgang miteinander sowie die Diskussionskultur wird von Vielen als rau, männlich geprägt und sexistisch wahrgenommen (Bonk und Obinger 2022).

Zeit- und Vermögensbudgets zwischen den Geschlechtern sind zugunsten von Männern ungleich verteilt. Das trägt dazu bei, ihnen potenziell Vorteile in der Vorbereitung einer politischen Karriere und Wahlkämpfen zu verschaffen (Saak 2022, Schnuch 2018).

Zudem begünstigt eine patriarchal geprägte gesamtgesellschaftliche Sozialisierung, dass Machtpositionen wie die von Politiker:innen eher mit männlichen Attributen assoziiert werden.

Das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe erfordert eine Vielzahl an Maßnahmen, um eine gleiche Repräsentation und größere Vielfalt in der Brandenburger Politik zu erreichen.

6. VIELFALT UND TEILHABE

6.1. Paritätische Besetzung von Parlamenten: Wir fordern, dass die Rahmenbedingungen für die politische Teilhabe von Frauen verbessert werden. Frauen und Männer sollen in Parlamenten und Vertretungen zu gleichen Teilen vertreten sein. Das lässt sich z.B. durch ein Paritätsgesetz erreichen.

SPD Ja | AfD Nein | BSW kA | CDU Nein

6.2. Demokratieprogramme im ländlichen Raum: Wir fordern den Ausbau von Demokratieprogrammen mit dem Schwerpunkt Teilhabe, Diversität und Parität im ländlichen Raum.

SPD Ja | AfD Nein | BSW kA | CDU Ja

6.3. Internationaler Frauentag als Feiertag: Wir wollen, dass der 8. März, der Internationalen Frauentag, zum gesetzlichen Feiertag im Land Brandenburg erklärt wird.

SPD Ja | AfD Nein | BSW kA | CDU Nein

6.4. Förderung des Ehrenamts: Wir fordern, dass das Ehrenamt durch angemessene finanzielle Unterstützung und Entlastung besser anerkannt und unterstützt wird, z.B. durch zusätzliche Rentenpunkte, Nahverkehrstickets und bezahlte Freistellung.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

6.5. Anti-Feminismus: Wir fordern ein aktives Vorgehen gegen antifeministische Handlungen.

6.6. Mitwirkung von Migrant*innen: Wir fordern die Schaffung besserer Mitwirkungsmöglichkeiten für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

6.7. Gendergerechte Sprache: Wir fordern die Verwendung von geschlechtergerechter Sprache durch Sichtbarmachung z. B. mit Stern oder Doppelpunkt in allen Veröffentlichungen der Landesregierung.

6. VIELFALT UND TEILHABE

6.8. Familienvielfalt: Wir fordern die Berücksichtigung von vielfältigen Lebens- und Familienformen in allen Veröffentlichungen der Landesregierung.

6.9. Stärkung kommunaler Gleichstellungsarbeit: Wir fordern die Stärkung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten. Das heißt, wir wollen hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte in allen Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohner*innen.

6.10. Parität auf kommunaler Ebene: Wir fordern die Einführung einer paritätischen Besetzung des Vorstands und der Arbeitsgruppen beim Städte- und Gemeindebund.

6.11. Parität in Gremien: Wir fordern paritätisch besetzte Gremien als Vergabekriterium bei öffentlichen Aufträgen, insbesondere bei der Planung, Analyse und Konzeption.

6.12. Geschäftsstellen stärken: Wir fordern den Aufbau und die Stärkung hauptamtlicher Geschäftsstellen bei Verbänden und Gleichstellernetzwerken.

7. BEZAHLUNG UND FINANZPLANUNG

Aktuelle Lage Frauen arbeiten öfter in sozialen, personenbezogenen oder haushaltsnahen Berufen, die weniger wertgeschätzt werden, schlechtere Bedingungen haben und schlechter bezahlt werden (DGB Frauen n.d.).

Die unberichtigte Lohnlücke, wo die strukturellen Unterschiede sichtbar bleiben, ist in Brandenburg verhältnismäßig gering, so verdienen Frauen im Schnitt 4% weniger als Männer (vgl. Statistik Berlin Brandenburg 2024, Fuchs et al. 2024). Wenn man die strukturellen Unterschiede berücksichtigt, also auf die bereinigte Lohnlücke blickt, wird deutlich, dass die Lohnunterschiede zwischen vollzeitbeschäftigten Männern und Frauen mit gleichen Merkmalen größer sind (ca. 10%) (Fuchs et al. 2024, S. 6).

Frauen werden in Brandenburg also schlechter bezahlt, weil sie Frauen sind. Verschärft wird die Situation durch die anhaltenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Jahr 2023 verdienten Vollzeitbeschäftigte in Ostdeutschland durchschnittlich 824 Euro brutto pro Monat weniger als im Westen (Tagesschau 2024).

Die Lohnlücke in Brandenburg ist im bundesweiten Vergleich klein. Als Land kann Brandenburg durch die weitere Schließung der Lohnlücke Vorreiter werden und eine Vorbildfunktion für anderen Bundesländer einnehmen.

Wie im Abschnitt zu Familie und Sorgearbeit ausgeführt, verstärken sich die Lohnunterschiede nach der Familiengründung. Frauen, die in einer Partnerschaft mit Kind(ern) leben, rutschen oft in finanzielle Abhängigkeit. Dies liegt auch daran, dass Finanzen immer noch mehrheitlich als Aufgabenbereich des Mannes angesehen werden. Mädchen und Frauen haben durchschnittlich weniger Wissen über Geld und Finanzplanung (n26 2024).

Im Bereich der Finanzplanung auf der landespolitischen Ebene spielt der Haushalt eine entscheidende Rolle in der Organisation der Gesellschaft. Durch Gender Budgeting können geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Finanzplanung erkannt werden und ihnen entgegengewirkt werden. Das Konzept ermöglicht eine aktive Förderung von Gleichberechtigung.

7. BEZAHLUNG UND FINANZPLANUNG

7.1. Entgelttransparenz und Lohngerechtigkeit: Wir fordern eine angemessene und gleiche Bezahlung aller Geschlechter sowie Entgelttransparenz durch Tarifbindung in öffentlich finanzierten sozialen Einrichtungen.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

7.2. frauentypische Arbeit wertschätzen: Wir fordern eine Erhöhung der Löhne in frauentypischen Berufen.

7.3. Angleichung der Tarifverträge Ost: Wir fordern eine Angleichung der Tarifverträge Ost an eine Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden.

SPD Ja | AfD kA | BSW kA | CDU Nein

7.4. Finanzierung von Beratungsstellen: Wir fordern, dass die Finanzierung von Beratungsstellen wie Sozial-, Familien- und Schwangerenberatung verbessert wird und die Verstetigung der Förderung für Frauen- und Familienverbände sichergestellt wird.

SPD Ja | AfD Ja | BSW kA | CDU Ja

7.5. Finanzierung Armutsberatung: Wir fordern die Finanzierung (neuer) unabhängiger Beratungen, Selbstorganisation und Selbsthilfe für von Armut betroffene oder bedrohte Personen.

7.6. Gerechte Renten: Wir fordern eine gerechte Grundrente sowie eine Reformierung des Rentensystems (z. B. Rentenpunkte für Care-Arbeit oder Kindererziehungszeiten sowie für ehrenamtliche Tätigkeiten).

7.7. Aufklärung Rentensystem: Wir fordern eine bessere und breitere Aufklärung über das Rentensystem.

7.8. geschlechtergerechtes Steuersystem: Wir fordern ein geschlechtergerechtes Steuersystem. Dies bedeutet auch die Abschaffung des Ehegattensplittings.

7. BEZAHLUNG UND FINANZPLANUNG

7.9. Sozialversicherungspflicht: Wir fordern eine Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro bei Minijobs.

7.10. Erhöhung des Mindestlohn: Wir fordern die stetige Erhöhung des Mindestlohns, um Lebensunterhaltungskosten gerecht zu werden.

7.11. Sicherstellung fairer Bezahlung bei öffentlichen Aufträgen: Wir fordern die Vergabe von öffentlichen Aufträgen nur noch an Unternehmen mit Tarifvertrag (Vergabegesetz).

7.12. gendersensible Weiterbildungsfinanzierung: Wir fordern Weiterbildungen und Qualifikationsangebote für Frauen in Tarifkommissionen sowie eine bezahlte Freistellung.

7.13. Unterstützung bei Selbstständigkeit und Gründen: Wir fordern Beratung zur Absicherung selbstständig arbeitender Frauen oder Frauen in der Gründungsphase.

7.14. Förderung von Landwirtinnen: Wir fordern die Förderung von Frauen in der Landwirtschaft in Anlehnung zur Jugendlandwirtförderung.

7.15. Gender Mainstreaming: Wir fordern die Umsetzung des Prinzips des Gender Mainstreamings, z.B. durch eine geschlechtergerechte Finanzplanung des Landeshaushalts (Gender Budgeting).

SPD Nein | AfD Nein | BSW kA | CDU Nein

7.16. Familienverbände stärken: Wir fordern die Gleichstellung der Förderung von Familienverbänden mit der Frauenverbandsförderung. Wir fordern eine höhere finanzielle Eingruppierung für hauptamtliche Tätigkeiten entsprechend des Verantwortungsgrades der Tätigkeit im Verein.

7. BEZAHLUNG UND FINANZPLANUNG

7.17. Finanzierung für Gleichstellungsarbeit: Wir fordern eine angemessene Erhöhung der Mittel zur Fortsetzung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms sowie eine Erhöhung der Mittel der Landesgleichstellungsbeauftragten.

7.18. mehrjährige Förderung: Wir fordern die mehrjährige Förderung von gleichstellungspolitischen Projekten.

7.19. Bedingungsloses Grundeinkommen: Wir fordern den Start eines Modellprojektes zum bedingungslosen Grundeinkommen in Brandenburg.

7.20. 32-Stunden-Woche testen: Wir fordern den Start eines Modellprojektes für eine 32-Stunden-Woche zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

QUELLEN

ÄrzteZeitung (2024). Verbände in Brandenburg warnen vor Risiken für Gesundheitsversorgung. Zugriff über <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Verbaende-in-Brandenburg-warnen-vor-Risiken-fuer-Gesundheitsversorgung-452790.html>

BMFSFJ (2018). Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Zugriff über <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/verhuetung-und-bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen-und-haeuslicher-gewalt-122282>

BMFSFJ (2019). Erwerbs- und Sorgearbeit gleichberechtigt gestalten. Zugriff über <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/erwerbs-und-sorgearbeit/erwerbs-und-sorgearbeit-gleichberechtigt-gestalten--137280>

Brate, Mira & Suromai, Anna (2022). Alles Einzelfälle? Misogyne und sexistisch motivierte Gewalt von rechts. Hrsg.: Amadeu Antonio Stiftung, Fachstelle Gender, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Zugriff über <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/alles-einzelfaelle/>

Bündnis Sorgearbeit fair teilen (n.d.). Zahlen und Fakten. Zugriff über <https://www.sorgearbeit-fair-teilen.de/sorgearbeit/zahlen-und-fakten/>

DGB Frauen (n.d.). Arbeitsmarktpolitik. Zugriff über <https://frauen.dgb.de/positionen/arbeitsmarktpolitik>

Fuchs, Michaela & Rossen, Anja & Weyh, Antje (2024). Regionale Unterschiede im Gender Pay Gap in Deutschland 2022. Hrsgb. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zugriff über https://doku.iab.de/arbeitsmarktdaten/Gender_Pay_Gap_2022_regional.pdf

Groß, Denis (2023). TikTok als Radikalisierungsmotor. Belltower. Netz für digitale Zivilgesellschaft. Zugriff über <https://www.belltower.news/algorithmus-tiktok-als-radikalisierungsmotor-151187/>

Hannover, Bettina & Ollrogge, Karen (2021). Bildungsungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Bundeszentrale für politische Bildung. Zugriff über <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/315992/bildungsungleichheiten-zwischen-den-geschlechtern/>

Hartmann, Ans & Rahner, Judith (2023). Antifeminismus, geschlechtsspezifische Gewalt und Hasskriminalität. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.). Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Antifeminismus & Hasskriminalität, Band 13, Online-Ausgabe. Jena, 20–33. Zugriff über https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFs_WsD13/WsD13_Ans_Hartmann_u_Judith_Rahner.pdf

Henke, Katharina (24.11.2023). Gewalt an Frauen steigt: Mehr Geld, aber zu wenig Plätze in Brandenburger Frauenhäusern. In: Tagesspiegel. Zugriff über <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/gewalt-an-frauen-steigt-mehr-geld-aber-zu-wenig-platze-in-brandenburger-frauenhausern-10819582.html>

QUELLEN

Hofmann, Katharina & Koch, Sarah & Tschacher, Alexandra & Ulferts, Claudia (2023). Spannungsfeld Männlichkeit. So ticken junge Männer zwischen 18-35 in Deutschland. Hrsgb. Plan International Deutschland e.V. Zugriff über https://www.plan.de/fileadmin/website/04._Aktuelles/Umfragen_und_Berichte/Spannungsfeld_Maennlichkeit/Plan-Umfrage_Maennlichkeit-A4-2023-NEU-online.pdf

Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam (2024). Familienbefragung Brandenburg – Winter 2022/2023 – Ergebnisbericht“. Zugriff über https://ifk-potsdam.de/wp-content/uploads/IFK-Familienbefragung-Ergebnisbericht_2024.pdf

Juncke, David & Samtleben, Claire & Stoll, Evelyn (2023). Väterreport 2023. Entwicklungen und Daten zur Vielfalt der Väter in Deutschland. Hrsgb. BMFSFJ. Zugriff über <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/230374/1167ddb2a80375a9ae2a2c9c4bba92c9/vaeterreport-2023-data.pdf>

KuKMA (n.d.). MÄDCHEN*ARBEIT? MÄDCHEN*ARBEIT! Zugriff über https://kukma.de/index.php?article_id=440

KuKMA (2019). MÄDCHEN*-ORTE ÜBERALL! Leitfaden für Mädchen*arbeit im Land Brandenburg. Zugriff über https://kukma.de/media/maedchen_orteueberall_final_1.pdf

Landesgleichstellungsbericht (2024). 8. Bericht zur Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes im Land Brandenburg. Durchgeführt vom Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz. Zugriff über <https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/LGG-Broschuere-10.pdf>

Lüdecke, Robert (2021). Neue Analyse zu frauenhassenden Subkulturen im Netz: Online-Antifeminismus und Incel-Szene sind auf dem Vormarsch – Amadeu Antonio Stiftung fordert entschiedenes Gegensteuern von Staat und Zivilgesellschaft. Amadeu Antonio Stiftung. Zugriff über <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pressemitteilungen/neue-analyse-zu-frauenhassenden-subkulturen-im-netz-online-antifeminismus-und-incel-szene-sind-auf-dem-vormarsch-amadeu-antonio-stiftung-fordert-entschiedenes-gegensteuern-von-staat-und-zivilgesell/>

Medizinische Universität Wien (2024). Frauen leben deutlich länger in schlechter Gesundheit als Männer. Zugriff über <https://www.meduniwien.ac.at/web/ueber-uns/news/2024/news-im-maerz-2024/frauen-leben-deutlich-laenger-in-schlechter-gesundheit-als-maenner/>

n26 (2024). Frauen und finanzielle Kompetenz: Wie der Gender-Gap geschlossen werden kann. Zugriff über <https://n26.com/de-de/blog/frauen-und-finanzielle-kompetenz-gender-gap>

Obinger, S. & Bonk, C. (2022). Frauen MACHT Brandenburg! Daten - Fakten - Handlungsempfehlungen zur politischen Teilhabe von Frauen in Brandenburg. Potsdam: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg.

QUELLEN

Pharma Fakten (2023). Gender Health Gap macht krank. Zugriff über <https://pharma-fakten.de/news/gender-health-gap-macht-krank/>

Praetorius, B. & Trauth, M., Richwein, A. (Mitarbeiter) (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Hrsg.). (2022). Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Maßnahmen zur Steigerung der politischen Teilhabe von Frauen in Kommunen. Verfügbar unter: https://msgiv.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Expertise_Ohne_Frauen_ist_kein_Staat_zu_machen_Aug2022.pdf

PKS: Polizeiliche Kriminalstatistik (2023). Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) Jahr 2023 für das Land Brandenburg. Polizeipräsident Land Brandenburg. Zugriff über https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/PKS_Bericht_2023.pdf

Saak, A. (Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, Hrsg.). (2022). Gleichwertige und geschlechtergerechte Lebensverhältnisse. Gleichstellung - Schlüssel der Regionalentwicklung. Verfügbar unter: https://www.gleichberechtigt.org/sites/default/files/uploads/downloads/politikempfehlungen_-_gleichwertige_und_geschlechtergerechte_lebensverhaentnisse.pdf

Schnuch, F. (2018). Frauen in der Kommunalpolitik: Warten auf das Jahr 2145? *djbZ*, 21(3), 145–147. <https://doi.org/10.5771/1866-377X-2018-3-145>

Städte- und Gemeindebund Brandenburg (2023). Reform der Krankenhausvergütung und Krankenhausplanung. Positionen in Zusammenhang mit der Dritten Stellungnahme und Empfehlung der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung „Grundlegende Reform der Krankenhausvergütung“. Zugriff über https://www.stgb-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/stgb-brandenburg.de/dokumente/positionen/507-00-2023-02-06_Positionspapier_Krankenhauswesen_edit.pdf

Statistik Berlin Brandenburg (2024). Gender Pay Gap 2023 in Berlin und Brandenburg. Lohnlücke weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt. Pressemitteilung. Zugriff über <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/007-2024>

Tagesschau (2024). Lohnlücke zwischen Ost und West bleibt groß. Zugriff über <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/arbeitsmarkt/lohnluoecke-ost-west-100.html>

Trautner, Hanns Martin (2002). Die Entwicklung der Geschlechtsidentität im Lebenslauf. Zugriff über <https://liga-kind.de/fk-207-trautner/>

Tschacher, Alexandra & Ulferts, Claudia & Hofmann, Katharina & Alissa Ferry, Alissa & Schröder, Antje & Balasko, Sascha (2022). Menstruation im Fokus. Erfahrungen von Mädchen und Frauen in Deutschland und Weltweit. Plan International Deutschland e.V. Zugriff über https://www.plan.de/fileadmin/website/04._Aktuelles/Kampagnen_und_Aktionen/Menstruationsumfrage/Plan-Umfrage_Menstruation-A4-2022_final.pdf?sc=IDQ25100.

QUELLEN

Universität Paderborn (2022). Leaky Pipeline. Zugriff über <https://www.uni-paderborn.de/gleichstellung/genderportal/gender-glossar/leaky-pipeline>

Wanger, Lorena & Kilgenstein, Hannah & Poppel, Julius (2020). Über Rassismus in der Medizin. in KritMedMuc. Zugriff über <https://kritischemedizinmuemchen.de/ueber-rassismus-in-der-medizin/>

Werner, Maja, & Sittig, Jacqueline (2024). Rechtsextremismus und Antifeminismus in sozialen Netzwerken. djBZ Zeitschrift des Deutschen Juristinnenbundes, 27(2), 57-59.

ZDF heute (2024). Wie Frauen beim Arzt benachteiligt werden. Zugriff über <https://www.zdf.de/nachrichten/ratgeber/gesundheit/frauen-arzt-gender-health-gap-100.html>

ANHANG

Anhang 1:

AUFTEILUNG DER SITZE NACH GESCHLECHT

Partei	Direktm. M	Direktm. W	Liste M	Liste W	Frauenanteil in %
SPD (32)	12	7	5	8	46,8%
AfD (30)	22	3	4	1	13,3%
BSW (12)	-	-	11	3	21,4%
CDU (10)	-	-	6	4	33,3%
Gesamt: 88 Sitze	34	10	26	16	29,5%

Landtag Brandenburg 2024, deatillierte Übersicht der Aufteilung der Sitze nach Geschlecht (m/w).

Quelle: <https://www.rbb24.de/politik/wahl/Landtagswahl/2024/abgeordnete-neu-landtag-brandenburg-direktmandat-liste.html>

IMPRESSUM

Herausgeber:

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V. (FPR)

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Veröffentlichungsdatum:

16.10.2024

Kontakt:

Geschäftsführung Jana Dornfeld | Telefon (0331) 280 35 81

Projektmanagerin Gesche Andert | Telefon (0331) 280 35 81

**E-Mail: demokratie@frauenpolitischer-rat.de |
kontakt@frauenpolitischer-rat.de**

Internet: www.frauenpolitischer-rat.de



FRAUEN R A T
POLITISCHER
LAND BRANDENBURG E.V.

www.frauenpolitischer-rat.de